

Positionspapier

Revitalisierung der transatlantischen Partnerschaft: Wirtschaftliche Stärke Deutschlands durch Kooperation ausbauen

Empfehlungen an die nächste Bundesregierung
anlässlich der Bundestagswahl 2021

Ein Diskussionsbeitrag der American Chamber of Commerce in Germany e.V.

Frühjahr 2021

Präambel

Die American Chamber of Commerce in Germany (AmCham Germany) ist die Stimme der transatlantischen Wirtschaft – ein Zusammenschluss von großen, mittelständischen und kleinen Unternehmen aber auch Privatpersonen, die in Deutschland, Europa oder den USA ansässig und im transatlantischen Wirtschaftsraum aktiv sind und die transatlantischen Beziehungen fördern.

AmCham Germany fördert die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der deutsch-amerikanischen Partnerschaft fußen. Diese Partnerschaft beruht auf historisch gewachsenen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen und gemeinsamen Interessen unserer beider Länder.

Darüber hinaus setzt sich AmCham Germany für einen transparenten Dialog ein und bekennt sich zu den transatlantischen Werten. Freiheit und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie freier Handel und Wettbewerb sind dafür von zentraler Bedeutung.

Transatlantisch tätige Unternehmen beschäftigen rund 1,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in beiden Wirtschaftsräumen.

Inhaltsverzeichnis

Präambel	02
Einleitung	05
Handel: Wirtschaftswachstum durch Abbau von Barrieren fördern	06
Gesundheit: Versorgungssicherheit gewährleisten durch resiliente Wertschöpfungsketten und starke Forschung und Innovation	08
Digitales: Rechtssicherheit für internationale Datentransfers sicherstellen und Potenziale der Künstlichen Intelligenz ausschöpfen	10
Energie und Klima: Klimaschutz als transatlantische Aufgabe	12
Steuern: Gesamtbelastung reduzieren und Bürokratie abbauen	14
Luftfahrt und Verteidigung: Klimaneutrales Fliegen voranbringen und Export harmonisieren	16
Impressum	18

Einleitung

Die COVID-19-Pandemie hat die Welt und damit Europa und die USA in die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Sie hat die Wahl in den USA beeinflusst und sie wird auch das Wahljahr 2021 in Deutschland bestimmen. Die Politik steht vor immensen Herausforderungen. Sie muss Gesundheit und Leben der Menschen schützen und zugleich deren Arbeitsplätze sowie die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sichern. Ohne die Wirtschafts- und Innovationskraft der Unternehmen wird das nicht gelingen.

Als maßgebliche Stimme der transatlantischen Wirtschaft veröffentlicht AmCham Germany politische Handlungsempfehlungen für die kommende Legislaturperiode. Die Impulse unserer Mitglieder verstehen wir als Ausgangspunkt für eine breitere Diskussion. Sie sind das Ergebnis der Arbeit in den verschiedenen Gremien und bilden die Pluralität unserer Mitgliedschaft ab.

Die transatlantischen Beziehungen hatten sich in den letzten Jahren verschlechtert. Wachsender Protektionismus und nationale Alleingänge führen zur Verunsicherung der Wirtschaftsakteure und zu einer abgeschwächten Konjunktur. Diese Entwicklung muss durch eine Neuorientierung der Politik gestoppt werden: Die Freiheit des internationalen Handels, die Bekämpfung des Klimawandels und die Gestaltung der Digitalisierung müssen entscheidende Punkte auf der Agenda einer neuen Bundesregierung sein.

Als AmCham Germany sind wir überzeugt: Diesen Herausforderungen können Deutschland und Europa nur in einer starken Partnerschaft mit den USA erfolgreich begegnen. Dazu muss die neue Bundesregierung die transatlantische Partnerschaft nachhaltig revitalisieren. Sie muss der Biden-Administration die Hand reichen und konkrete, gemeinsame Ergebnisse erreichen, indem sie drei zentralen Prinzipien folgt:

- **offene und wertebasierte transatlantische Beziehungen;**
- **ein handlungsfähiges und solidarisches Europa;**
- **ein freier und regelbasierter Welthandel.**

Der Wirtschaftsaustausch zwischen den USA und Europa ist der wichtigste globale Taktgeber für technologische Innovation und nachhaltiges Wachstum. Seine Wiederbelebung erfordert ein Handeln aller politisch Verantwortlichen im Sinne dieser Prinzipien. Umso mehr, als die westlichen Partner dringend eine gemeinsame Antwort im systemischen Wettbewerb mit der staatlich gelenkten chinesischen Volkswirtschaft finden müssen.

Die Voraussetzungen für diese Wiederbelebung sind mit dem Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden jetzt gegeben. Doch die Zeit drängt. Die neue US-Administration hat womöglich nur wenige Monate, um mit den Europäern die transatlantischen Beziehungen zu erneuern. Für die EU und besonders für Deutschland ist jetzt der Augenblick, über den eigenen Schatten zu springen und aktiv auf die USA zuzugehen, um spürbare Verbesserungen für die Unternehmen zu erreichen.

An erster Stelle steht die **transatlantische Handelspolitik**. Die Bundesregierung sollte sich für ein Moratorium aller Zölle und handelspolitischen Strafmaßnahmen der EU sowie für einen klaren Fahrplan der EU-Kommission zur notfalls einseitigen Reduzierung aller Zölle einsetzen. Ein deutliches Zeichen ist notwendig, um die regelbasierte Liberalisierung des Welthandels voranzutreiben. Die Politik muss den Unternehmen dabei die freie Entscheidung über die Wahl ihrer Produktionsstandorte und die verantwortliche Ausgestaltung von Wertschöpfungsketten überlassen.

Im **Gesundheitsbereich** hat gerade erst die Impfstoffentwicklung gezeigt, wie deutsche und US-Unternehmen schnell und wirksam zur Eindämmung der Pandemie beitragen können. Diese Innovationen beruhen auf unverzichtbaren Voraussetzungen wie offenen Grenzen, planbaren Lieferketten und einem wirksamen Patentschutz. Diese Voraussetzungen müssen erhalten bleiben, ebenso wie eine hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Dazu sollten die **Unternehmenssteuern** ein Niveau von 25% nicht überschreiten dürfen.

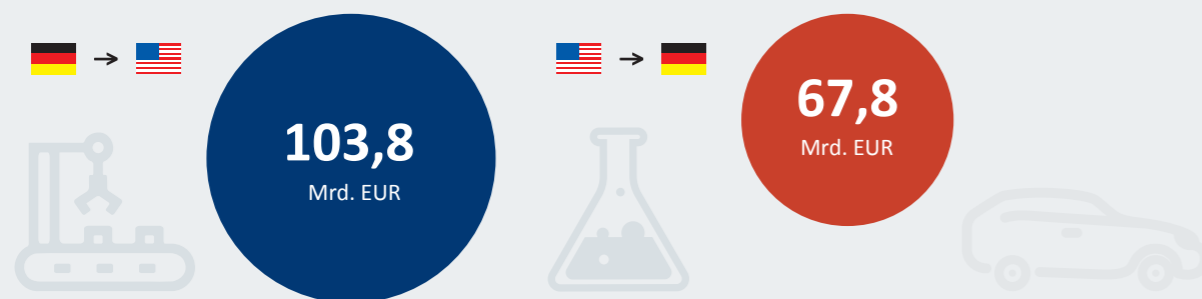
Ein weiterer Schwerpunkt ist eine gemeinsame **Digital-Agenda**. Hierbei ist die wichtigste Maßnahme die Schaffung eines „transatlantischen Datenraums“ für europäische und US-Unternehmen, in dem internationale Datentransfers rechtssicher, nachhaltig und auf gleichwertigem Schutzniveau möglich sind. Kurzfristig muss Deutschland mit der EU-Kommission auf die US-Regierung zugehen, um organisatorische und technische Übergangsmaßnahmen zu vereinbaren. Perspektivisch brauchen wir einen „Digitalen Transatlantischen Wirtschaftsraum“ mit dem erklärten Ziel, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der EU und der USA in einem extrem dynamischen globalen Wettbewerbsumfeld zu erhalten.

Im **Klimaschutz** bietet die neue US-Administration jetzt die einzigartige Chance, zu belastbaren Vereinbarungen zu kommen. Von einer effektiven CO₂-Bepreisung über ein globales Level-Playing Field bis hin zu Investitionen in erneuerbare Energien liegen unsere Chancen in der Zusammenarbeit beider Wirtschaftsräume. Auch in der **Luftfahrt** brauchen wir transatlantische Kooperationsschritte wie den fairen Zugang zu Forschungsgeldern und eine harmonisierte Exportpolitik, um Innovationen für das klimaneutrale Fliegen zu ermöglichen.

Unser Appell lautet: Deutschland muss die Führungsrolle in der Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen übernehmen, die wir uns als Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks wünschen.

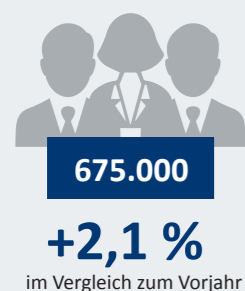
Die USA als Handelspartner Deutschlands (2020)

Handelsvolumen (Exporte und Importe): 171,6 Mrd. EUR



Quelle: Statistisches Bundesamt: Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2020

Arbeitsplätze von US-Unternehmen in Deutschland 2018



Quelle: Bureau of Economic Analysis (BEA): U.S. International Trade in Goods and Services, Germany

Arbeitsplätze von deutschen Unternehmen in den USA 2018

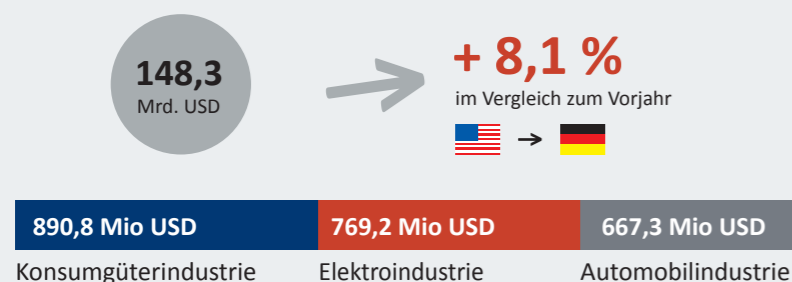


Bewertung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch die 50 größten US-Unternehmen (nach Umsatz)

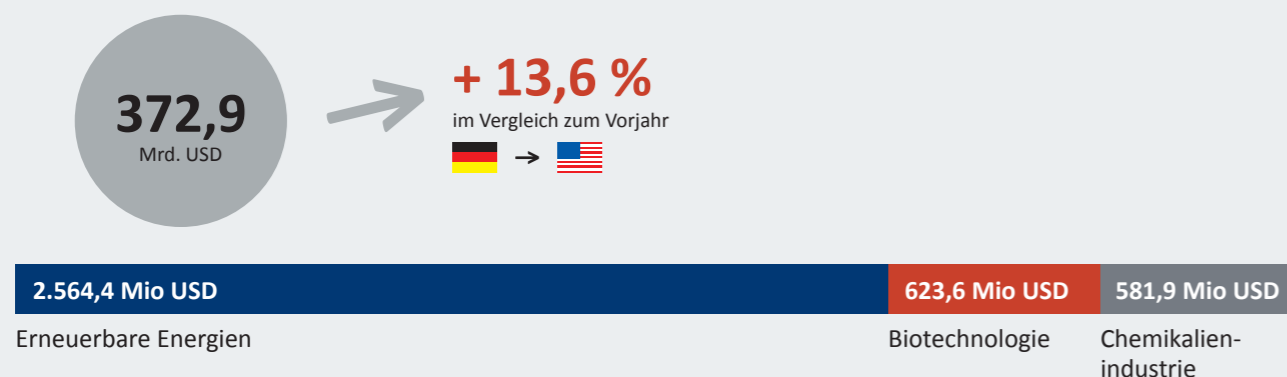


Quelle: AmCham Germany TOP 50 Studie 2020

Direktinvestitionen der 50 größten US-Unternehmen in Deutschland 2019 (nach Umsatz)



Direktinvestitionen der 50 größten deutschen Unternehmen in den USA 2019 (nach Umsatz)



Quelle: AmCham Germany TOP 50 Studie 2020

Handel: Wirtschaftswachstum durch Abbau von Barrieren fördern

Offene Grenzen, globaler Handel und vielfältige Produktions- und Forschungsstätten sind ein wichtiger Baustein für die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft. Seit einigen Jahren ist im Welthandel jedoch ein besorgniserregender Trend zu mehr Protektionismus feststellbar. Ausdruck davon sind eingeführte und angedrohte Sanktionen, Strafzölle, Maßnahmen zur regionalen Entkopplung strategisch wichtiger Technologien und die Relokalisierung von Lieferketten. Die Diskussion um die Relokalisierung von Wertschöpfungsketten greift in den Kernbereich unternehmerischer Geschäftsentscheidungen ein. Zusätzliche Resilienz wird effizient nur durch intensivere globale Kooperation geschaffen.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- sich gegenüber Partnern und in multilateralen Foren für die Förderung offener Märkte und des regelbasierten Freihandels einzusetzen,
- die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen über die Wahl ihrer Produktionsstandorte und die Ausgestaltung von Wertschöpfungsketten zu respektieren.

Transatlantische Kooperation revitalisieren: Aktiven Dialog mit den USA suchen

Der handelspolitische Dialog zwischen der EU und den USA muss intensiviert werden, damit die Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks kraftvoll aus der Krise kommen können. Mittelfristig müssen ein oder ggf. mehrere schrittweise abzuschließende Handelsabkommen umgesetzt werden mit dem Ziel der Harmonisierung und der gegenseitigen Anerkennung von Standards, Regulierungen und Lizenzen zwischen den USA und der EU. Die Digitalisierung gewinnt für den Welthandel immer mehr an Bedeutung, vor allem durch das Wachstum digitaler Dienstleistungen und eine sich transformierende industrielle Produktion. Diese Veränderungen müssen sich in künftigen Handelsabkommen widerspiegeln.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- in der EU die Gespräche mit den USA zur transatlantischen Handelsliberalisierung voranzutreiben, um Wachstumsimpulse für die Wirtschaft zu setzen,
- den Dialog mit den USA zu intensivieren, um die – mit der Begründung der Gefahr für die nationale Sicherheit – eingeführten Stahl- und Aluminiumzölle aufzuheben und von angedrohten Zöllen abzuweichen,
- aktiv auf eine politische Verhandlungslösung hinzuarbeiten, um den Streit zwischen der EU und den USA über Luftfahrtsubventionen und die gegenseitige Erhebung von Zöllen langfristig zu beenden.

Stärkung des Multilateralismus: Transatlantische Führungsrolle gegen Marktverzerrungen

Die gelenkte Volkswirtschaft Chinas, die Rolle von staatseigenen Unternehmen, der nicht immer freiwillige Technologietransfer und der unzureichende Schutz geistigen Eigentums führen zu Spannungen im multilateralen Handelssystem und zu Wettbewerbsverzerrungen sowohl für deutsche als auch US-Unternehmen. Diesen Herausforderungen müssen Deutschland, die EU und die USA gemeinsam begegnen. Der handelspolitische Multilateralismus muss deshalb wieder gestärkt werden. Deutschland und die USA haben gleichermaßen ein Interesse daran, dass die Welthandelsorganisation (WTO) transparent gegen protektionistische Maßnahmen von Mitgliedsstaaten vorgeht und Streitfälle schnell und zuverlässig schlichtet, um Verlässlichkeit und Stabilität im Handel zu garantieren.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

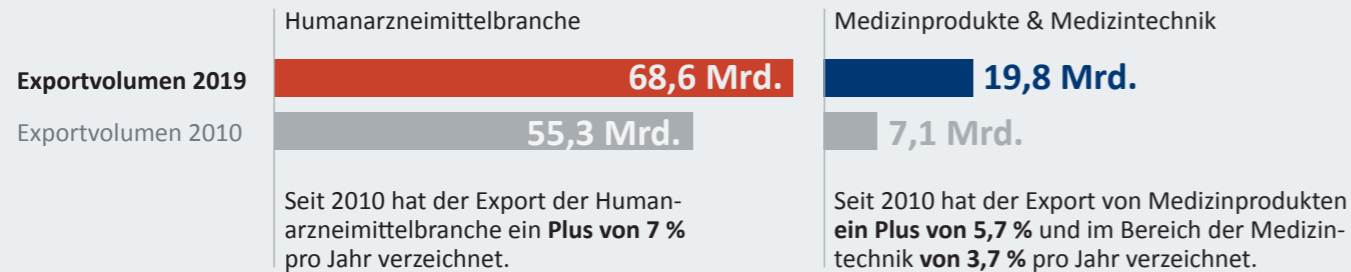
- die deutsche und europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, damit Unternehmen auf einem Level Playing Field mit China erfolgreich konkurrieren können. Hierfür muss verstärkt in Forschung, Entwicklung und Innovationen investiert und auf europäischer Ebene zusammengearbeitet werden,
- mit der EU-Kommission und den EU-Mitgliedsstaaten eine langfristige Strategie zum Umgang mit China zu entwickeln. Zusammen mit den USA muss ein transatlantischer Ansatz erarbeitet werden, um gegen Wettbewerbsverzerrungen vorzugehen und Rahmenbedingungen für einen regelbasierten globalen Wettbewerb von Unternehmen zu schaffen,
- die EU dabei zu unterstützen, dass sie und die USA durch die Bildung einer Allianz mit weiteren Mitgliedsstaaten eine Führungsrolle bei der Reform der WTO einnehmen, um Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen für den regelbasierten Welthandel zu stärken.

Bruttowertschöpfung der Industriellen Gesundheitswirtschaft (IGW)

Für die Gesundheitswirtschaft ist vor allem die Industrielle Gesundheitswirtschaft von besonderer Bedeutung: **Rund jeder 5. Euro** Bruttowertschöpfung wird in der IGW generiert.

Quelle: BMWi: Gesundheitswirtschaft. Fakten und Zahlen 2019. Ergebnisse der Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung, S. 36

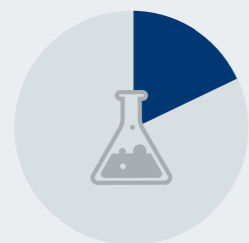
Bedeutung der Industriellen Gesundheitswirtschaft (EUR)



Quelle: BMWi - Gesundheitswirtschaft. Fakten und Zahlen 2019, S. 48 + S. 54

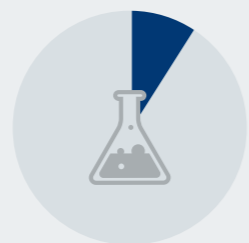
Investition in Forschung und Entwicklung 2018

Forschende Arzneimittelhersteller



Quelle: Vfa – Die forschungsstärksten Branchen in Deutschland

Forschende Medizintechnik-Unternehmen



Quelle: BMWi/BVMed

Bruttowertschöpfung in Pharma- und Medizintechnikindustrie



Pharmaindustrie
104.000 Beschäftigte in Produktion



Medizintechnik-Industrie
215.000 Beschäftigte in Produktion

Quelle: BMWi - Gesundheitswirtschaft. Fakten und Zahlen 2019. Ergebnisse der Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung, S. 43

Gesundheit: Versorgungssicherheit gewährleisten durch resiliente Wertschöpfungsketten und starke Forschung und Innovation

Die vergangenen Monate haben verdeutlicht: Ohne internationalen Informations- und Wissensaustausch und ohne Kooperation beim Einsatz vorhandener Industrieressourcen wäre es nie so schnell zu einer tragfähigen Corona-Strategie gekommen. Eine deutsch-amerikanische Firmenkooperation stand dabei besonders im Fokus der Weltöffentlichkeit. Ein guter Anlass, um dem deutsch-amerikanischen Verhältnis auf wirtschaftlicher und industrieller Ebene wieder neuen Schwung zu verleihen. Vor allem Unternehmen der industriellen Gesundheitswirtschaft forschen an neuen und innovativen Produkten und produzieren diese in grenzüberschreitenden Netzwerken. Hierfür ist die Funktionsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes und globaler Lieferketten essenziell. Mit Sorge betrachtet AmCham Germany politische Renationalisierungs-Forderungen besonders im Pharma- und Medizintechniksektor in Deutschland. Diese Forderungen gefährden internationale Lieferketten und somit die Versorgungssicherheit.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- Lieferketten durch offene Grenzen, freien Handel und globale Kooperation zu stärken und sich auf internationaler Ebene für den Abbau von protektionistischen Maßnahmen einzusetzen, um die Versorgung mit Medikamenten und Medizinprodukten sicherzustellen,
- auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass im Rahmen von Handelsgesprächen mit den USA die Versorgung der Bevölkerung mit pharmazeutischen und medizintechnischen Produkten einen hohen Stellenwert einnimmt, um diese in Krisenzeiten und darüber hinaus zu sichern und zu stärken.

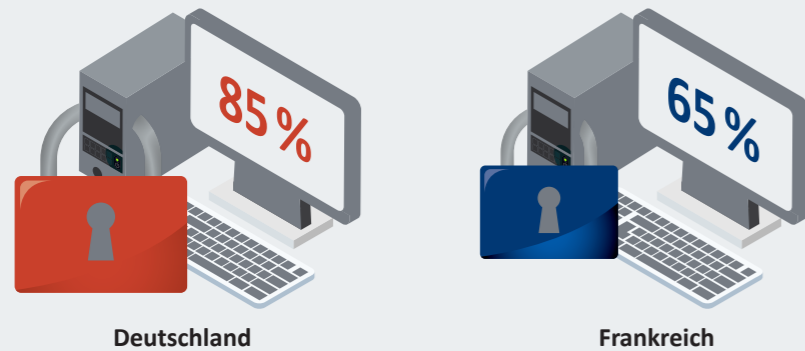
Stärkung Deutschlands als Forschungs- und Innovationsstandort

Damit Fortschritte in der Forschung zeitnah den Patientinnen und Patienten zugutekommen, muss Deutschland als exzellenter Forschungs- und Produktionsstandort für Unternehmen aus der ganzen Welt gestärkt werden. Innovative Medizintechnologien und Diagnostika tragen erheblich zu einer besseren Patientenversorgung bei. Viele Therapieergebnisse werden erst durch deren Einsatz ermöglicht. Für eine auch zukünftig optimale Patientenversorgung mit qualitativ hochwertigen Medizinprodukten müssen innovationsfreundlichere Marktzugangsbedingungen geschaffen werden. Um den deutschen Markt unabhängiger von Entscheidungen ausländischer Erstattungssysteme zu machen, ist es im Arzneimittelbereich wichtig, wie in anderen Ländern auch, den Listenpreis als Referenz zu benennen. Dies sorgt für planbarere Rahmenbedingungen im Zuge von Investitionen im deutschen Markt.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- auf EU-Ebene ein klares Bekenntnis zum Patentschutz bei Arzneimitteln zu verankern,
- in Deutschland analog zu anderen EU-Ländern Listenpreise für die Preis-Referenzierung bei Arzneimitteln heranzuziehen,
- die strukturelle und finanzielle Förderung von Forschungsk Kooperationen voranzutreiben,
- konkrete Maßnahmen zur Förderung des Datenaustausches im Rahmen des „European Health Data Space“ zu entwickeln und die industrielle Gesundheitswirtschaft aktiv einzubeziehen,
- den Zugang von Unternehmen der industriellen Gesundheitswirtschaft zu pseudonymisierten Gesundheitsdaten in Forschung und Entwicklung zu ermöglichen,
- einen Marktzugang für Medizinprodukte zu schaffen, der mit den technischen Innovationen (KI, digitale Produkte) Schritt halten kann.

Große Mehrheit der Führungskräfte in Deutschland strebt nach digitaler Souveränität*
Digitale Souveränität ist **sehr wichtig** oder **wichtig** für unsere Digitalisierungsstrategie:

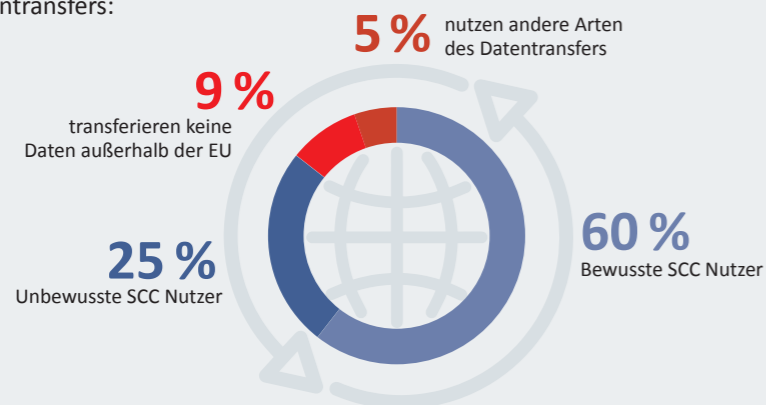


* Umfrage im Auftrag von Hewlett Packard Enterprise (HPE) unter 1149 Führungskräften in Deutschland und 1003 Führungskräften in Frankreich. Die verwendeten Daten beruhen auf einer Online-Umfrage 2020 der YouGov Deutschland GmbH, bei der Entscheidungsträger in der Produktion, in der IT oder im kaufmännischen Bereich aller Branchen sowie im Digital Bereich befragt wurden.

Quelle: HPE (Juni 2020): Digitale Souveränität, <https://psnow.ext.hpe.com/doc/a00100103dee>

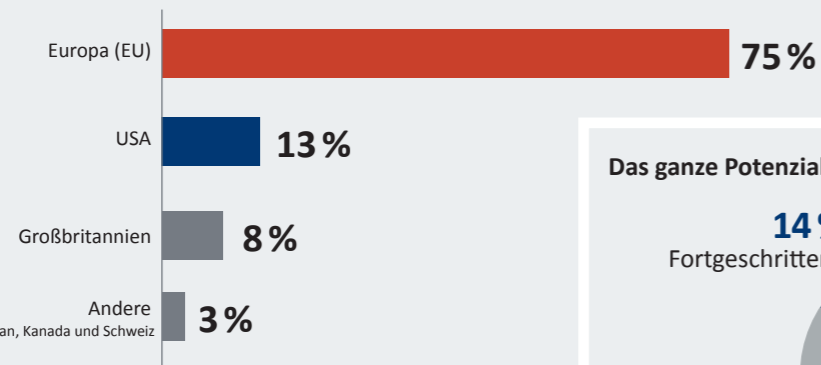
Lediglich 9% der Unternehmen transferieren ihre Daten nicht außerhalb der EU, weitere 5 % nutzen andere Transfermöglichkeiten

Art der Datentransfers:



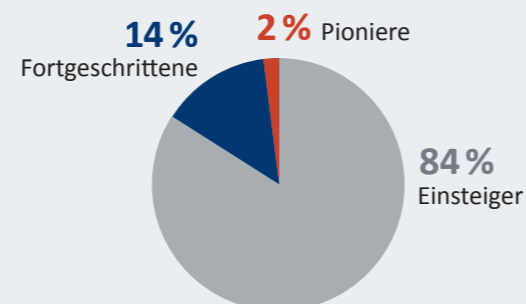
Quelle: Schrems II – Impact Survey Report, https://www.digitaleurope.org/wp/wp-content/uploads/2020/11/DIGITALEUROPE_Schrems-II-Impact-Survey_November-2020.pdf, S. 8.

Europäische Unternehmen nutzen Standardvertragsklauseln (SCC) sehr häufig
Nutzung am Hauptsitz in:



Quelle: Schrems II – Impact Survey Report, https://www.digitaleurope.org/wp/wp-content/uploads/2020/11/DIGITALEUROPE_Schrems-II-Impact-Survey_November-2020.pdf, S. 8

Das ganze Potenzial von Daten wird selten ausgeschöpft



Vor allem kleine Unternehmen und Industrie-Unternehmen stehen vielfach noch am Anfang der strukturierten Arbeit mit digitalen Daten.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (2019) Demand Projekt: Readiness Data Economy, https://www.demand-projekt.de/paper/Gutachten_Readiness_Data_Economy.pdf, S. 5

Digitales: Rechtssicherheit für internationale Datentransfers sicherstellen und Potenziale der Künstlichen Intelligenz ausschöpfen

AmCham Germany unterstützt das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu stärken sowie die Teilhabe aller an der Datenwirtschaft zu ermöglichen. Die erfolgreiche digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft sowie der freie EU-Binnenmarkt sind Grundvoraussetzungen für die Erreichung echter digitaler Souveränität. Beides erfordert eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Anwendern und Anbietern aus aller Welt.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- ein offenes und internationales Ökosystem zu fördern, das auf Basis einer sicheren und DSGVO-konformen Infrastruktur den freien Fluss der Anwenderdaten ermöglicht und neue Datenräume und Marktplätze schafft, um digitale Souveränität auszubauen,
- faire und transparente Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer herzustellen, nachdem die DSGVO in diesem Sinne bereits ein gutes Beispiel mit globaler Wirkung setzt,
- das Projekt Gaia-X mit seiner offen angelegten und sachorientierten Ausrichtung als weltweites Vorbild zu fördern.

Rechtssicherheit für internationale Datentransfers wiederherstellen

Der rechtssichere grenzüberschreitende Transfer von personenbezogenen Daten ist für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft von überragender Bedeutung. Deren erfolgreiche digitale Transformation setzt voraus, dass für notwendige internationale Datentransfers praktikable rechtliche Mechanismen existieren. Mit der jüngsten Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofs („Schrems II“) ist eine erhebliche Rechtsunsicherheit für alle Rechtsanwender in Europa entstanden. Die Situation bedarf einer politischen Lösung, da die Entscheidung den Datenschutz für die Wirtschaft mit einer Bewertung der behördlichen Zugriffskompetenzen in Drittstaaten verknüpft, auf welche die betroffenen Rechtsanwender keinen Einfluss haben. Vergleichbare behördliche Zugriffsbefugnisse existieren auch in EU-Staaten. Die innenpolitische Interessenlage innerhalb des Kreises demokratischer Staaten ist daher ähnlich gelagert. Unternehmen benötigen dringend das Signal einer politischen Lösung.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- sich auf EU-Ebene für eine nachhaltige Lösung der Problematik im Wege bi- oder multilateraler Vereinbarungen einzusetzen – vorrangig im Verhältnis zu den USA,
- die gesetzlichen Zugriffsbefugnisse staatlicher Institutionen auf in der Cloud gelagerte Daten als Teil dieser Abkommen zu regeln,
- klarzustellen, mit welchen technischen Schutzmaßnahmen (z.B. lokales Hosting, Zugriffsmanagement, Verschlüsselung) Unternehmen dazu beitragen können, das geforderte Schutzniveau herzustellen.

Potenziale der Künstlichen Intelligenz ausschöpfen

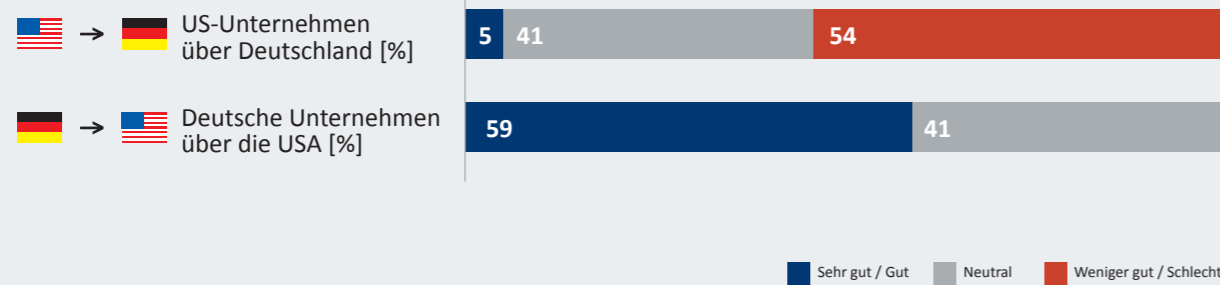
Künstliche Intelligenz kann dazu dienen, Deutschland im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie durch Forschung und Entwicklung zu unterstützen und die Grundlagen für die Wettbewerbsfähigkeit – auch nach der Krise – zu legen. Sie kann helfen, Big Data Anwendungen, das Internet der Dinge und Robotik widerstandsfähiger gegen zukünftige Pandemien zu machen. Die Kombination von menschlicher Kreativität und modernster Technologie birgt dabei zusätzliches Potential. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Bildungseinrichtungen und der Industrie, um Studierenden und Erwerbstätigen die KI-Fähigkeiten zu vermitteln, ist unerlässlich, um das volle Potenzial der Künstlichen Intelligenz auszuschöpfen.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- Strategien zur Verbesserung der Transparenz und „Erklärbarkeit“ der Funktionsweise von KI-Systemen durch eine Kooperation von Regierungen mit Unternehmen zu entwickeln,
- Prozesse und Praktiken zu etablieren, um KI-Systeme auf Risiken im Zusammenhang mit Verzerrungen und Diskriminierung zu bewerten und diese Risiken zu mindern,
- Daten, die bei der Verwendung von KI-Systemen wertvolle Erkenntnisse liefern können, konsequent zu sammeln und zu verwerten.

Standortfaktor Energiekosten

Wie bewerten deutsche und US-Unternehmen die Energiekosten?



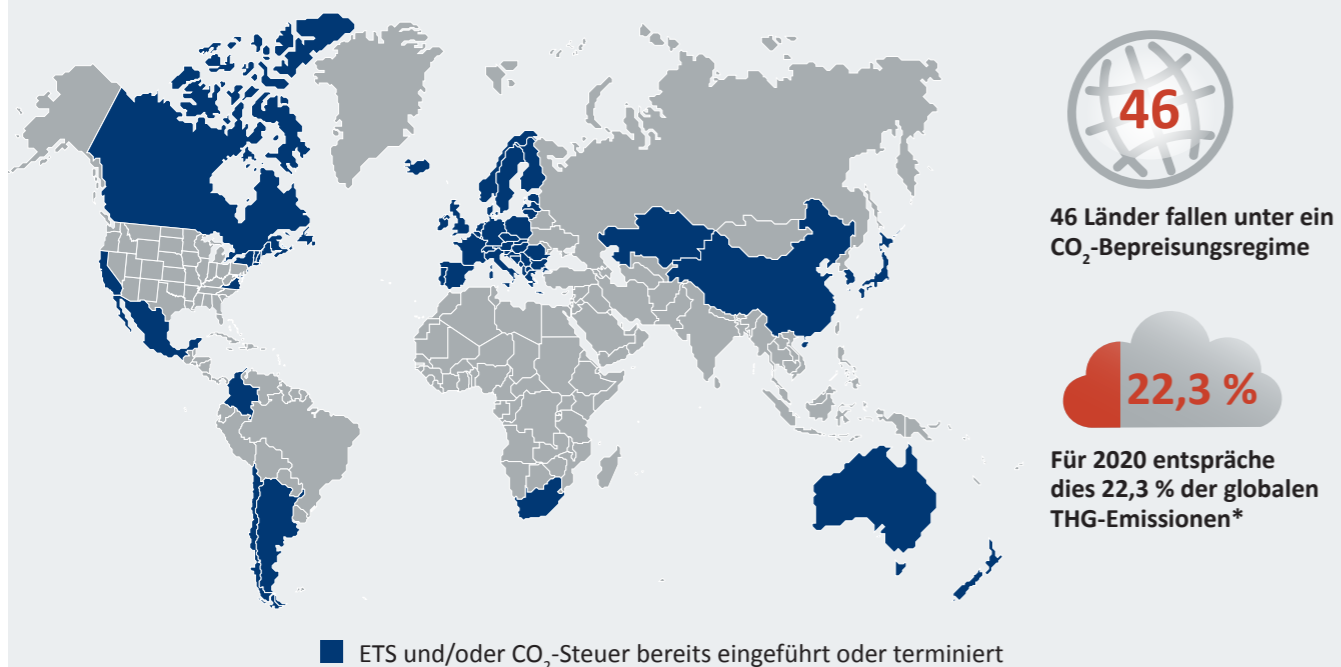
Quelle: AmCham Germany Transatlantic Business Barometer 2021

Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz der deutschen Industrie



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2020

CO₂-Bepreisung weltweit



Quelle: The World Bank (November 2020): Carbon Pricing Dashboard, https://carbonpricingdashboard.worldbank.org/map_data

* inkl. subnationale Jurisdiktionen

Energie und Klima: Klimaschutz als transatlantische Aufgabe

AmCham Germany unterstützt das Ziel der Treibhausgasneutralität 2050 und begrüßt das Bekenntnis der neuen US-Administration zum Pariser Klimaabkommen. Geleitet durch gemeinsame Ziele gilt es, das transatlantische Bündnis neu zu beleben, um in der Energie- und Klimapolitik ein globales Level Playing Field mit kompatiblen CO₂-Preismechanismen zu schaffen.

Das energiewirtschaftliche Dreieck aus wettbewerbsfähigen Preisen, Versorgungssicherheit und Klimaschutz setzt den Grundstein für die Wirksamkeit bestehender und zukünftiger Regulierungen – orientiert an den Klimazielen 2030 bzw. 2050 und mit einem transparenten und verlässlichen Entwicklungspfad – ohne Doppelbelastungen für Unternehmen. So können zukunftsweisende, wichtige Energieinvestitionen – wie Batterietechnologien und E-Mobilität, synthetische Kraftstoffe, synthetisches Gas und dekarbonisierte Gase sowie Wasserstofftechnologie – abgesichert werden.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- die Herausforderungen und Chancen des EU Green Deals wettbewerbsfreundlich in allen Wertschöpfungsstufen umzusetzen sowie eine effektive CO₂-Bepreisung als Leitinstrument zu verankern,
- einen intensiven Ausbau der Erneuerbaren Energien mit marktbasierter Maßnahmen voranzutreiben und Marktanreize für Speichertechnologien zu schaffen.

Gestaltung der energiewirtschaftlichen Zukunft

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit erfordert investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und die Angleichung der Energiepreis-Niveaus diesseits und jenseits des Atlantiks. Die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes und der gezielte Netzausbau sind wichtig zur langfristigen Wahrung der Versorgungssicherheit. Gerade für energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb sind dies kritische Entscheidungsgrößen für oder gegen Investitionen in Deutschland.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- das deutsche Abgaben- und Umlagen-System grundlegend zu erneuern,
- die Diversifizierung der Gas-Lieferquellen – ohne politische oder regulatorische Eingriffe – voranzutreiben,
- Kapazitätslücken durch flexible Gaskraftwerke als Brückentechnologie entgegenzuwirken,
- innovative KWK* und emissionsfreie Kraftwerke-Umnutzungen (etwa auf Biomasse-Basis) vorzubringen,
- Potenziale der Digitalisierung für die Energiewende auszuschöpfen.

Nachhaltige Investitionen in Klimaschutztechnologien

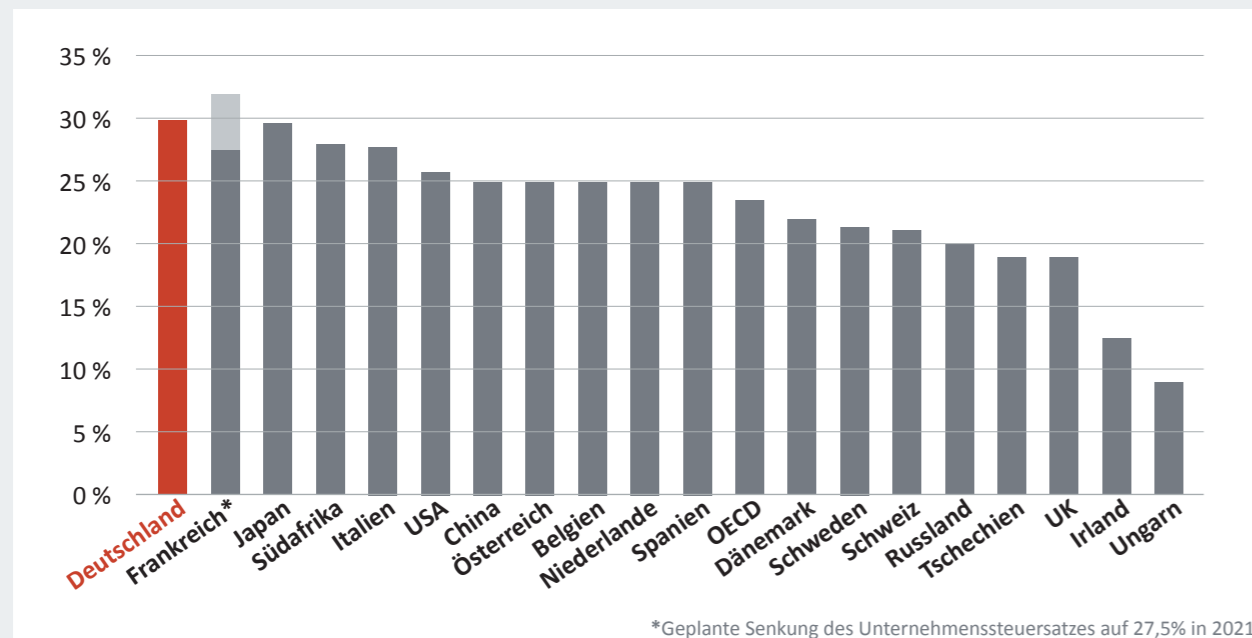
Auf Basis zukunftsweisender transatlantischer und multilateraler Verträge gilt es für den Bereich Energie und Klima, Möglichkeiten strategischer Zusammenarbeit für innovative Klimaschutz-Technologien gezielt voranzutreiben und zu fördern. Gemeinsame Projekte zur CO₂-Vermeidung oder -Minimierung (in den Bereichen Elektromobilität, CCS*, CCU* oder Speichertechnologien für erneuerbaren Strom) treiben den Umbau der transatlantischen Wirtschaft – hin zu einer Green Economy – voran. Gezielte öffentliche Investitionen, etwa in ein flächendeckendes Netz von Ladesäulen, verstärken diese Wirkung. Dasselbe gilt für den Import von Erneuerbaren Energien, etwa in Form von regenerativen Kraftstoffen, Wasserstoff sowie innovativen, kohlenstoffarmen Produkten.

Damit die Transformation zur Treibhausgasneutralität in 2050 in Deutschland und Europa gelingt, bedarf es eines globalen Ansatzes, um Investitionen in kohlenstoffarme Technologien über die Märkte abzusichern.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- kluge Rahmenbedingungen für die Absicherung des unerlässlichen Carbon Leakage-Schutzes und zukunftsfähiger Investitionen zu schaffen, etwa durch WTO konforme Carbon Border Adjustment Mechanismen, die detaillierter Ausgestaltung bedürfen,
- für einen Instrumentenmix ohne globale handelspolitische Verwerfungen einzutreten,
- zusätzliche Investitionsanreize zu schaffen, etwa durch Zertifizierung klimaschonender Landwirtschaft,
- Investitionslücken durch umfassende Konzepte und zusätzliche Mittel beihilfekonform zu schließen,
- das europäische Energie- und Umweltbeihilferecht im Sinne der Transformation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe dringend weiterzuentwickeln.

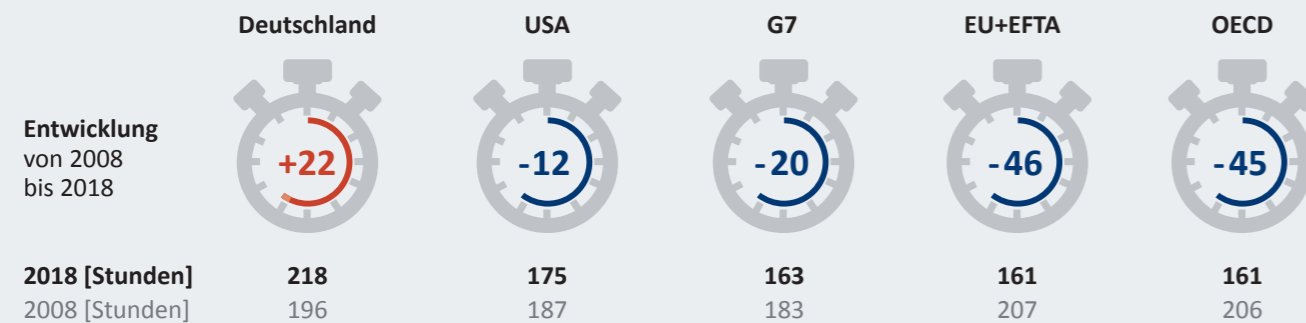
Unternehmensbesteuerung im internationalen Vergleich



Quelle: OECD.Stat, Statutory Corporate Income Tax Rates

Benötigte Zeit zur Steuerpflichtenerfüllung

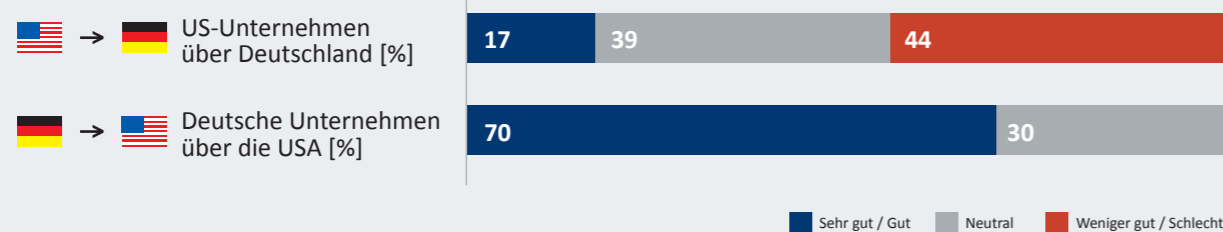
(in Stunden pro Jahr)



Quelle: World Bank Group and PwC, Paying Taxes 2020, November 2019

Standortfaktor Unternehmensbesteuerung

Wie bewerten deutsche und US-Unternehmen das Steuerniveau?



Quelle: AmCham Germany Transatlantic Business Barometer 2021

Steuern: Gesamtbelastung reduzieren und Bürokratie abbauen

In den letzten Jahren hat sich Deutschland wieder zu einem Hochsteuerland im Bereich der Unternehmenssteuern entwickelt. Der Weg aus der aktuellen wirtschaftlichen Krise und die erforderliche digitale und ökologische Transformation wird nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen für Investitionen in zukunftsweisende Technologien und Arbeitsplätze in Deutschland und in der EU nicht wesentlich schlechter sind als in anderen Staaten, zu denen Deutschland im Wettbewerb steht.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- die Gesamtbelastung der Unternehmen mit Ertragsteuern rechtsformunabhängig auf 25 % zurückzuführen, um ein mit den wesentlichen Industriestaaten vergleichbares mittleres Niveau einzuhalten.

Begrenzung der Risiken internationaler Doppelbesteuerung

Das traditionelle internationale Besteuerungssystem, das für die Besteuerung anknüpft, wo die wirtschaftliche Wertschöpfung stattfindet, hat sich bewährt. Neue Konzepte bedürfen einer eingehenden vorherigen Folgenanalyse und können nur auf Basis eines echten und verlässlichen internationalen Konsenses eingeführt werden, um eine weitere Erhöhung von bereits bestehenden Doppelbesteuerungsgefahren zu vermeiden. Dies gilt insbesondere für eine derzeit auf OECD-Ebene diskutierte Verlagerung von Besteuerungsrechten in Absatzmärkte, die tendenziell vor allem zu Lasten der deutschen Wirtschaft und des deutschen Fiskus gehen würden. Bewährtes sollte daher nicht leichtfertig über Bord geworfen werden. Neues sollte nur in kleinen, aus Sicht der Praxis verdaulichen Schritten und ergebnisoffen erprobt werden.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

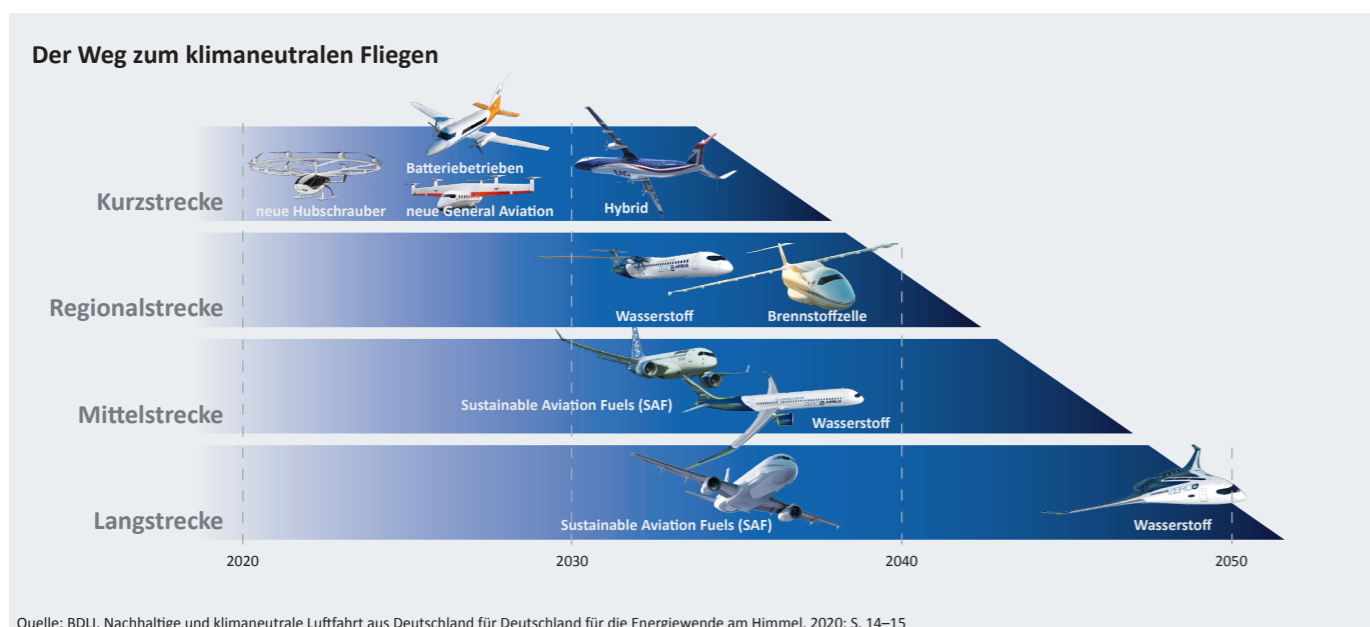
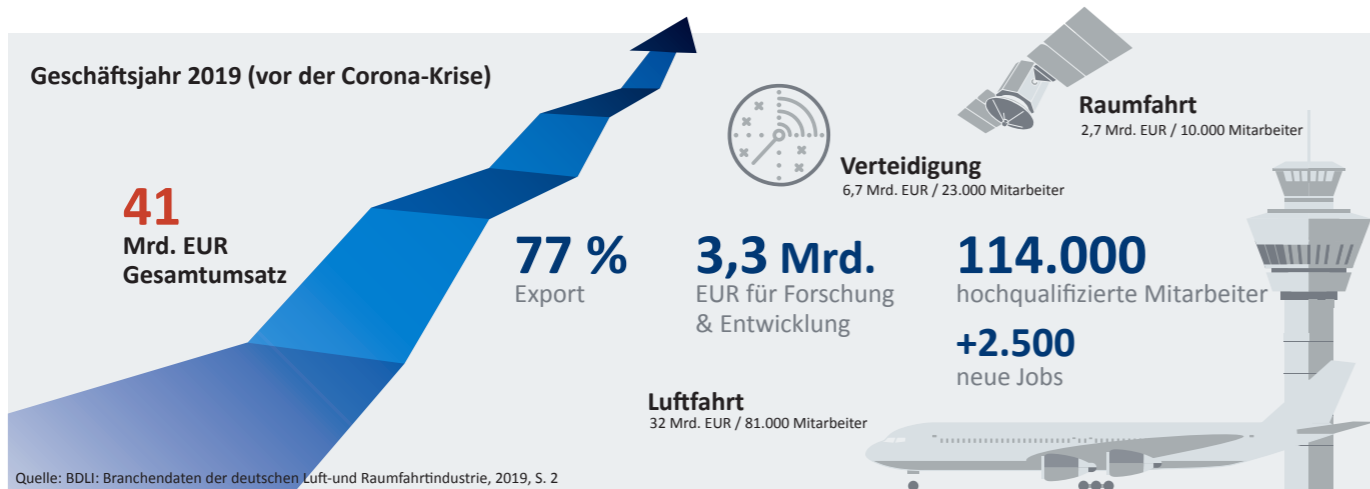
- bei einer Anpassung der internationalen Besteuerungsregeln behutsam vorzugehen, dieser nur auf Basis eines verlässlichen und praktisch handhabbaren internationalen Konsenses zuzustimmen und dabei die gesamtwirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Europas nicht aus dem Auge zu verlieren,
- sich für die Etablierung verbindlicher und effektiver Streitbeilegungsmechanismen als unbedingt notwendiges Korrektiv angesichts der drohenden Zunahme von Doppel- oder Mehrfachbesteuerungsfällen einzusetzen,
- keinen international nicht abgestimmten Insellösungen zuzustimmen, etwa bei der beschränkten Steuerpflicht ausländischer Unternehmen oder der Besteuerung der digitalen Wirtschaft.

Bürokratieabbau dringend erforderlich

In den letzten Jahren sind die Anforderungen an Unternehmen an die Bewältigung zusätzlicher Dokumentations- und Berichtspflichten massiv erhöht worden. Gerade größere Unternehmen müssen immer umfangreichere Informationen bereitstellen, deren Nutzen nicht immer in einem sinnvollen Verhältnis zum hiermit verbundenen Aufwand steht. Damit sich die Unternehmen auf ihre wirtschaftlichen Kerntätigkeiten fokussieren können – innovative Lösungen entwickeln, Investitionen durchführen und zukunftsfrüchtige Arbeitsplätze schaffen – ist es dringend erforderlich, gegenzusteuern. Neben einer Sicherstellung einheitlicher Standards erscheint insbesondere die Übertragung des im Bereich der nationalen Gesetzgebung bereits geltenden Prinzips „One in, one out“, nach dem eine neue Regelung grundsätzlich eine bestehende Regelung ersetzen und nicht zusätzlich zu bestehenden Regelungen hinzutreten soll, auch auf internationale Regelungen und deren Umsetzung in nationales Recht sinnvoll.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- eine weitere Aufblähung unternehmerischer Informationspflichten, insbesondere mit Blick auf aus Wettbewerbssicht sensible Daten, zu vermeiden,
- sich auf nationaler und internationaler Ebene für die Reduzierung bereits bestehender Berichtspflichten für Unternehmen einzusetzen,
- der supranationalen Einführung zusätzlicher Dokumentationsanforderungen nur auf Basis international abgestimmter, eindeutiger und praktisch handhabbarer Standards zuzustimmen,
- dafür Sorge zu tragen, dass für jede neue Dokumentations- oder Berichtspflicht eine bestehende Dokumentations- und Berichtspflicht mindestens gleichen Umfangs gestrichen wird.



Luftfahrt und Verteidigung: Klimaneutrales Fliegen voranbringen und Export harmonisieren

Die transatlantische Partnerschaft bildet seit siebzig Jahren die Grundlage für Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa und bleibt das unverzichtbare Bündnis für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen – jetzt und in der Zukunft. Die kombinierte Luft- und Raumfahrtindustrie in Europa und den USA ist weltweit führend in der Zivilluftfahrt und Weltraumforschung und muss nun bei der Entwicklung revolutionärer Technologien führend sein, um den Flugverkehr klimaneutral zu gestalten. Zudem muss sie sich gleichzeitig von der COVID-19-Krise erholen. Der gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitssektor muss das Bündnis zwischen USA und EU mit fortschrittlichen Fähigkeiten ausstatten, um den Schutz vor einer Vielzahl sich schnell entwickelnder Bedrohungen zu gewährleisten.

Klimaneutraler Flug und COVID-19-Erholung

Um ein klimaneutrales globales Luftverkehrssystem zu erreichen, muss die Luftfahrtindustrie die Luftantriebstechnologien revolutionieren, um zum hybridelektrischen, elektrischen und wasserstoffbetriebenen Fliegen zu gelangen. Dies erfordert Fortschritte in der Aerodynamik, Avionik und Bodeninfrastruktur, die durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz ermöglicht werden können. Um die mittelfristigen Klimaziele zu erreichen, muss die Industrie nachhaltige Flugkraftstoffe liefern und die heutigen Flugzeugtriebwerke und Flotten für ihren Einsatz entsprechend anpassen. Eine wettbewerbsfähige Luft- und Raumfahrtindustrie ist eine Voraussetzung für die Erreichung dieser Ziele und für eine gesunde Hochtechnologie-Wirtschaft.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung,

- eine Verlängerung der COVID-19-Hilfsfinanzierung für die Luft- und Raumfahrtindustrie bis zur vollständigen Erholung des Marktes sicherzustellen,
- Entwicklungsfinanzierungen von Flügen mit Hybrid-, Elektro- und Wasserstoffantrieb sowie zukünftiger Flugzeuge (NGSA), um klimaneutrales Fliegen zu erreichen, und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sicherzustellen,
- eine vollständige Finanzierung von Sustainable Aviation Fuels (SAF) und zugehörigen Luftfahrttechnologien zu garantieren.

Eine revitalisierte transatlantische Zusammenarbeit für klimaneutrales Fliegen

Deutschland und die USA sind stärker, wenn sie zusammenarbeiten, sowohl innerhalb Europas als auch über den Atlantik. Die schwierigsten Herausforderungen können nur gemeistert werden, indem alle wissenschaftlichen und industriellen Talente kombiniert werden. Eine wiederbelebte transatlantisch-industrielle Zusammenarbeit in der Luft- und Raumfahrt sowie in der Verteidigung wird klimaneutrales Fliegen ermöglichen und Deutschland dabei helfen, seinen NATO-Verpflichtungen nachzukommen.

Ein gerechter Zugang zu Forschungs- und Entwicklungsmitteln sowie eine Harmonisierung der Exportpolitik müssen gewährleistet sein, um zu verhindern, dass Unternehmen de facto von der industriellen Zusammenarbeit ausgeschlossen werden.

AmCham Germany empfiehlt der nächsten Bundesregierung:

- Reziprozität für transatlantische Tochtergesellschaften beim Zugang zu staatlich finanzierter Forschung und Entwicklung in Deutschland und den USA zu gewährleisten,
- De-minimis-Vereinbarungen und eine Harmonisierung der EU-Exportpolitik über den Atlantik proaktiv zu fördern,
- spezifische Kooperationsprojekte mit der US-Administration zu verfolgen, die national oder regional nicht gelöst werden können. Folgende Projekte können als Kooperationsbeispiele dienen:
 - Die Zusammenarbeit zur koordinierten Dekarbonisierung des transatlantischen Flugverkehrs unter Einsatz nachhaltiger Flugkraftstoffe. Die Umsetzung von Kerosinalternativen erfordert internationale Abkommen.
 - Die Entwicklung von Hypersonic-Flügen und die Abwehr von Hypersonic-Bedrohungen (Flugkörper mit Geschwindigkeiten > Mach 5), die nur durch die transatlantische Zusammenarbeit oder durch die Kooperation von Deutschland, den USA und Japan überwunden werden kann.

Abkürzungen

CCS	Carbon Capture and Storage
CCU	Carbon Capture and Use
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung

AmCham Germany Policy Committees

Aerospace & Defense
Digital Policy
Energy & Climate
Healthcare & Life Sciences
Tax
Trade

AmCham Germany General Manager

Daniel Andrich

Staff Contact

Katharina-Luise Kittler
Manager, Head of Communications & Government Relations
T +49 30 2130056-34
M +49 151 14657921
E kkittler@amcham.de

Philipp Mittag
Specialist, Government Relations
T +49 30 2130056-24
M +49 151 14657918
E pmittag@amcham.de

Über die American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham Germany)

Die American Chamber of Commerce in Germany ist die Stimme der transatlantischen Wirtschaft. Wir fördern die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der amerikanisch-deutschen Partnerschaft stehen. Wir unterstützen aktiv die Interessen unserer Mitglieder durch unser globales Netzwerk in Wirtschaft, Politik und den AmChams weltweit und stärken den Austausch zwischen Mitgliedern und Politik. AmCham Germany ermöglicht interkulturelles Verständnis, Zusammenarbeit und neue Investitionen. Wir stehen für einen transparenten Dialog, freien Handel und ein wettbewerbsfähiges und offenes Wirtschaftsklima.

Finden Sie uns auch online:

www.amcham.de | [Twitter](#) | [Facebook](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)